

gung dürfen solche Probleme überhaupt nicht entstehen. Wir haben eine hervorragende Spitzenmedizin. Wir haben branchenführende forschende Pharma-Unternehmen. Das haben wir bei Corona gesehen. Wir brauchen aber auch eine verlässliche medizinische Grundversorgung. Wer Freitag nachts mit seinem Kind mit Ohrenschmerzen und Fieber in einer Notfallpraxis steht und froh ist, die richtige medizinische Versorgung und ein Rezept erhalten zu haben, der darf nicht am Mangel der Medikamente scheitern. Ich will in Deutschland keine vor Schmerzen schreienden Kinder haben, nur weil ich kein passendes Medikament bekomme.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Als Gesundheitspolitiker habe ich einen anderen Anspruch an unser Gesundheitssystem, und als Vater kann ich Ihnen sagen, dass die Eltern mit den Kindern mitleiden. Ich habe Verständnis dafür, dass Bürgerinnen und Bürger uns dies zum Vorwurf machen. Daher müssen wir an der Problematik arbeiten.

Wie können wir sicherstellen, dass die Medikamentenversorgung in der Zukunft gewährleistet ist? Ein erster Schritt wäre eine bessere Verteilung der Medikamente auf die einzelnen Bundesländer. Einige Bundesländer sind stärker von Lieferengpässen betroffen als andere. Die beteiligten Akteure müssen aktiv werden und für eine sinnvollere Verteilung sorgen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre es, den Druck auf die Hersteller von Medikamenten zu verringern. Derzeit leiden viele Pharmaunternehmen unter einem enormen Preisdruck, der dazu führt, dass sie nicht genügend Medikamente produzieren. Der Bund muss eingreifen und für eine angemessene Entlohnung der Hersteller sorgen.

Die Krankenkassen müssen auch die Bereitstellung und Produktion von Medikamenten mit einer geringen Gewinnmarge angemessen entlohnen. Mit dem Vorschlag, auf Bundesebene die Bezahlung temporär anzupassen, ist ein richtiger Schritt erfolgt.

Zudem muss bei der Rabattvertragsvergabe künftig bei allen versorgungsrelevanten Arzneimitteln ein europäischer Produktionsstandort als Kriterium für die Vergabe berücksichtigt werden, und nicht nur bei Antibiotika, wie es im Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministers vorgesehen ist.

Durch eine ausreichende Lagerhaltung versorgungsrelevanter Arzneimittel im Regelsystem soll sichergestellt werden, dass Lieferengpässe nicht so schnell auf die Versorgung durchschlagen. Dies wird in einigen anderen europäischen Ländern bereits gelebt und verhindert den kurzfristigen Mangel. Es kann aber nicht die Lösung sein, dass Eltern hier aus Nordrhein-Westfalen nach Holland fahren, um dort ihren Fiebersaft kaufen zu können, weil sie ihn hier vor Ort nicht mehr bekommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir bewusst, dass die Probleme bei der Medikamentenversorgung für Kinder und Jugendliche, aber auch grundsätzlich nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Wir sind entschlossen, alles dafür zu tun, um die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu schützen.

Als Zukunftscoalition stehen wir an der Seite der Bürgerinnen und Bürger, um allen eine zeitnahe, sinnvolle und notwendige medizinische Versorgung mit Arzneimitteln zu gewähren. Das ist der Anspruch, den wir an unser Gesundheitssystem haben. Gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren werden wir das in der Zukunft auch umsetzen. – Herzlichen Dank.

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Thoms das Wort.

**Meral Thoms (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Im Krankheitsfall, gerade dann, verlassen wir uns auf eine sichere Gesundheitsversorgung für uns und unsere Liebsten. Dazu gehört natürlich auch die Sicherheit, dass wir zuverlässig und immer die Medikamente bekommen, die wir benötigen.

Aktuell ist die Versorgung mit einigen Medikamenten kritisch – das haben wir gerade schon gehört – und spitzt sich sogar weiter zu. Betroffen sind insbesondere Arzneimittel für Kinder und Jugendliche, darunter wichtige Antibiotika sowie Fieber- und Schmerzmittel. Kinderärzte aus Europa haben in der vergangenen Woche in einem gemeinsamen Brandbrief eindrücklich auf die schwierige Situation aufmerksam gemacht.

Versorgungs- und Lieferengpässe belasten alle Beteiligten erheblich – das ist allen klar –, zuallererst natürlich die betroffenen Kinder und Jugendlichen, die vielleicht Schmerzen haben, und ihre Familien. Fragen wie: „Ist mein Medikament verfügbar und, falls ja, wo, bei der Apotheke um die Ecke oder wo bekomme ich es oder wie lange muss ich darauf warten, falls es bestellt werden muss?“, führen bei den Betroffenen natürlich zu Stress und Sorgen.

Der Mehraufwand entsteht aber auch in den Apotheken. Es wird sehr viel Zeit und Energie darauf verwendet, Präparate zu beschaffen und auszutauschen, um für die kleinen Patientinnen und Patienten die bestmögliche Versorgung sicherzustellen.

Auch die Kinderärztinnen und -ärzte sind in hohem Maße gefordert. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat darauf aufmerksam gemacht, dass aufgrund der Engpässe in den vergangenen Monaten von herkömmlichen Therapieleitlinien abge-

wichen werden muss, um die Kinder angemessen zu versorgen.

Niemanden lassen solche Schilderungen kalt. Wir alle wünschen uns eine schnelle Behebung der aktuellen Engpässe. Wir wissen aber leider alle auch, dass sich die strukturellen Ursachen unserer heutigen Probleme zumindest nicht kurzfristig lösen lassen. Die aktuelle Mangellage ist begründet in einer jahrzehntelang betriebenen Preispolitik – ja, man kann schon sagen, ein Preisdumping.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei patentfreien Arzneimitteln wurde zu einseitig auf die Kosten geschaut. Der Aspekt der Versorgungssicherheit, mit dem wir uns heute beschäftigen, wurde einfach lange vernachlässigt. Daraus ergaben sich globale Lieferketten, konzentriert auf wenige Hersteller, die häufig in China oder Indien produzieren. Diese Kombination macht uns verwundbar. Schon kleine Störungen in der Produktion oder Lieferkette können bei uns zu Engpässen führen. Das merken wir gerade alle schmerzlich. Darauf machen uns auch die Akteure im Gesundheitswesen zu Recht aufmerksam.

Immerhin scheinen wir uns heute in der Politik sowohl über das Problem als auch über seine Ursachen ziemlich einig zu sein, und das ist gut so. Lassen Sie uns die Lösung jetzt gemeinsam angehen mit aller Energie. Im Bund hat die Ampelregierung einen wichtigen Kabinettsentwurf auf den Weg gebracht zur Bekämpfung von Lieferengpässen. Die Länder haben im Bundesrat ebenfalls schon Stellung bezogen.

Ist es gut und richtig, zum Beispiel über das Instrument der Rabattverträge zu einer Diversifizierung von Lieferketten zu kommen. Produktionsstandorte in Europa müssen bei der Losvergabe noch stärker berücksichtigt werden.

Auch wir hier in unserem Land, in NRW, können mit anpacken. So muss die Arzneimittelforschung und auch die Produktion in Deutschland und auch bei uns in Nordrhein-Westfalen gestärkt werden.

Seit letzter Woche hat das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte ganz offiziell einen Versorgungsmangel bei Antibiotikasäften für Kinder festgestellt. Das ist schlimm, und das gibt jetzt den Ländern die Möglichkeit, flexibler auf entsprechende Engpässe zu reagieren und im Einzelfall von den Vorgaben des Arzneimittelgesetzes befristet abzuweichen.

Es ist richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen hiervon zügig Gebrauch machen und die Einfuhr von nicht zugelassenen Antibiotikasäften für Kinder ermöglichen. Dabei sollte uns allen klar sein, dass es sich hierbei selbstverständlich um Medikamente mit hohen Standards handelt.

All diese Maßnahmen zahlen auf das gleiche Ziel ein. Für uns alle gilt: Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Unser gemeinsames Ziel ist, dass die Menschen in NRW im Krankheitsfall sicher sein können, dass sie die Medikamente bekommen, die sie benötigen, und zwar kurzfristig verfügbar. Damit dies geschieht, müssen Land und Bund gemeinsam an einem Strang ziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Thoms. – Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Kapteinat.

**Lisa-Kristin Kapteinat\*** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ausdrücklich bei CDU und Grünen dafür bedanken, dass sie heute dieses wichtige Thema setzen. Und direkt vorweg: Ich bin bzw. wir als Landtagsfraktion der SPD sind bei ganz vielen Punkten mit Ihnen einer Meinung.

Es ist ein Thema, das lange verschlafen worden ist, nichts, was man innerhalb der nächsten Wochen lösen kann, und auch kein solitäres Problem in Nordrhein-Westfalen. Es ist nichts, was wir aber nicht hätten kommen sehen. Und es ist auch nichts, was nicht die letzten Monate, wenn nicht sogar Jahre, immer mal wieder thematisiert wurde. Es ist auch nicht so, dass die Apothekerinnen und Apotheker und die Kinderärzte erst in den letzten Wochen aufgeschrien haben. Wir haben bereits im letzten Sommer, noch bevor die Erkältungswelle losging, in den Apotheken leere Regale für Fiebersäfte gehabt.

Wir haben dazu Kleine Anfragen gestellt, haben gesagt, wo und in welchen Städten die Situation besonders schwierig ist. Uns war es wichtig, auch die Eltern darauf aufmerksam zu machen, um sicherzugehen, dass man nicht sagt: Okay, das ist jetzt sechs Monate und eine Woche alt, ich schmeiß es weg und hole mir Neues. – Am nächsten Tag hat das Kind Fieber, und leider sind die Säfte leer. Uns ging es auch darum, aufzuklären.

Die Rückmeldung, die wir auf Kleine Anfragen bekommen haben, lautete aber: Es gibt keine systematischen Erkenntnisse über Einzelfälle hinaus. Die Erkenntnisse sind abzuwarten. Wir haben keine Hinweise auf generelle Medikamentenengpässe im Herbst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas, was Eltern und Kinder in falsche Sicherheit wiegen lässt, wenn doch völlig klar ist, dass die De-facto-Situation längst eine andere ist.

(Beifall von der SPD)

Lieber Herr Kollege Schmitz, Sie haben gerade selber gesagt, einige Bundesländer sind stärker betroffen als andere. Ganz klar, das hier ist kein Problem, das es nur in Nordrhein-Westfalen gibt, auch nicht